

Wien, Montag, den 24. September 1923.

Die Bezirksvertretung Hietzing für die Elektrifizierung der Stadtbahn.

Am 22. ds. hielt die Bezirksvertretung Hietzing eine außerordentliche Sitzung, in der Bezirksvorsteher Schimom namens des überwiegenden Teiles der Bevölkerung des XIII. Bezirkes die Elektrifizierung der Wiener Stadtbahn verlangte und folgenden Antrag einbrachte: Die elf Kilometer lange Wientallinie der Wiener Stadtbahn läuft fünf Kilometer durch Hietzing. In diesem Bezirke befinden sich sechs Stationen und Haltestellen der Stadtbahn, wodurch allein schon das hohe Interesse dieses Bezirkes an der Stadtbahn gegeben ist. Der grösste Teil der Stadtbahngäste besteht aus Bewohnern Hietzings. Solange die Stadtbahn mit Dampf betrieben wird, haben die Anrainer über die Rauch- und Rußbelastung geklagt. In allen gedeckten Einschnitten und Tunnels wird auch die Gesundheit der Fahrgäste durch die angesammelten giftigen Rauchgase gefährdet. In der Gesundheit am meisten gefährdet ist aber das Fahr- und Streckenpersonal der Stadtbahn selbst und es wäre daher auch aus diesem Grund begrüssenswert, wenn die Elektrifizierung möglichst rasch erfolgen könnte. Nicht unerwähnt dürfen auch die reichen Arbeitsgelegenheiten, bleiben, die durch die Elektrifizierung der Stadtbahn geschaffen werden. Endlich kommt noch in Betracht, daß durch den Anschlag der Linie 60 in Hietzing an die Stadtbahn eine direkte Verbindung mit Mauer hergestellt wird. Aus allen diesen Gründen ist es begreiflich, daß die Bevölkerung von Hietzing auf dieses modernisierte Verkehrsmittel bereit ungeduldig wartet und ihr Ansuchen mit dem der Bezirksvertretung vereint, daß die maßgebenden Faktoren mit der grössten Beschleunigung dieses Werk der Gemeinde Wien ermöglichen sollen.

Für die christlichsoziale Fraktion des Bezirksrates erklärte Bezirksrat Taubeck, daß seine Partei selbstverständlich für dieses ungemein wichtige Projekt stimmen werde und wünsche, daß es möglichst bald der Verwirklichung zugeführt werden kann.

Der Antrag des Bezirksvorstehers wurde sodann einstimmig angenommen

Herabsetzung und Vereinfachung der Lagerhausgebühren. Am 1. Juli wurden die Lagerhaustarife bedeutend ermässigt. Nun wird sich bereits am Freitag der Gemeinderat abermals mit Anträgen zu beschäftigen haben, die nebst einer begrüssenswerten Vereinfachung gegenüber dem früheren Tarif auch eine Gebührenherabsetzung enthalten. Die Vereinfachung der Gebühren wurde vor allem durch Zusammenziehung von bisher besonders in Anrechnung gebrachten Tarifen erreicht. Auch wurden die Zuschläge für die Dezimalverwägung und für Einzelverwägung, sowie für das Egalisieren der Säcke herabgesetzt. Nach dem Antrage sollen auch die Zollbehandlungsgebühren für größere Mengen im Schleppumschlagverkehr ermässigt und die Anzeigegebühren für die normalen einmaligen Ankunfts-, Einlagerungs-, Durchzugs- und Ausgangsanzeigen aufgelassen werden. Der neue Tarif soll bereits am 1. Oktober angewendet werden.

Verschiebung der Stadtssenatssitzung. Die für Dienstag einberufene Sitzung des Stadtssenates findet erst am Freitag statt.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

A B E N D = Wien, am Montag, den 24. September 1923. = A U S G A B E

Handarbeitsschulen an 150 Mädchen Volksschulen. Wiederholt wurde öffentlich darüber geklagt, dass schulpflichtige Kinder an den schulfreien Nachmittagen vielfach sich selbst überlassen sind, da es an Beschäftigungsanstalten für sie mangelte. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, hat der Stadtschulrat für Wien die Errichtung von Handarbeitsschulen an Mädchen Volksschulen beschlossen. Die organisatorischen Vorarbeiten wurden ungesäumt in Angriff genommen, so dass es möglich ist, bereits am 1. Oktober im Schulbezirke Wien an 150 Mädchen Volksschulen derartige Handarbeitsschulen zu eröffnen. Diese Schulen werden an fünf Nachmittagen, ausgenommen am Samstag, von  $\frac{1}{2}$  3 Uhr bis 5 Uhr für Schülerinnen der Mädchen Volksschulen frei zugänglich sein. In diesen Kursen, die von den städtischen Handarbeitslehrerinnen geleitet werden, sollen vor allem weibliche Handarbeiten betrieben werden. Es ist geplant, dass die Kinder beschädigte Wäsche für das Elternhaus ausbessern oder neue Wäschestücke anfertigen. Für diese Kurse sind Anmeldungen ausschliesslich bei den Klassenlehrerinnen vorzunehmen. Das erforderliche Arbeitsmaterial ist zunächst von den Eltern der Mädchen beizustellen.

Klassenlektüre für jedes Schulkind. Im städtischen Finanzausschuss beantragte heute amtsführende Stadtrat Breitner zur Nachschaffung von Klassenlektüre einen Zuschusskredit von 5600 Millionen Kronen. Der Antrag wurde angenommen und es wird nun möglich sein, die Klassenlektüre derart zu ergänzen, dass jedes Schulkind die in Betracht kommenden Bücher erhält, während bisher immer zwei Kinder gemeinsam diese Bücher benutzen mussten. Es werden nunmehr die Schulkinder den Lesestoff nach Hause nehmen können, was gegenwärtig nicht möglich gewesen ist. Diese wichtige Reform wird längstens bis zu Ende dieses Jahres durchgeführt sein.

Gartenwesen und Wasserversorgung. In diesem Jahre hat die Gemeindeverwaltung die städtischen Gartenanlagen gründlich instandsetzen lassen. Diese sehr umfangreichen Arbeiten sind nun grösstenteils beendet. In kürzester Zeit werden auch die grossen Arbeiten, die zur Umwandlung des Matzleinsdorfer-, des Währinger- und des Donauefelderfriedhofes notwendig sind, beendet sein und drei umfangreiche und prächtige Parkanlagen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Zahl der Gartenbänke, die im Kriege und in der ersten Zeit nach dem Kriege sich stark verringert hat, ist in diesem Jahre auf den Friedensstand gebracht worden. Der grösste Teil der neuen Bänke ist bereit geliefert worden.

Fertiggestellt sind auch die Zuleitungen von Wasser in die Siedlungen und Kleingärten. Alle im Voranschlag für das Jahr 1923 enthaltenen Wasserleitungsrohrlegungen sind bereits durchgeführt. Auch die im dritten Notstandsprogramm vorgesehene Versorgung der Siedlung „Am Bruckhaufen“ mit Hochquellenwasser und die Sicherung des Leitungsstollens in Neubruck stehen vor der Vollendung. Es verbleibt nunmehr nur noch die Durchführung der Umliegung der „Kläfferbrünne“ an der Hochquellenleitung, zu der in den nächsten Tagen mit der Arbeit begonnen werden wird. Die Stollenbauten für die Ableitung der Brunnenquelle in die Hochquellenleitung wurden bereits im vorigen Winter vollendet.

Die Rechnungsabschlüsse der Gemeinde für 1921 und 1922. Dem gemeinderätlichen Finanzausschuss wurden heute die Rechnungsabschlüsse für das zweite Halbjahr 1921 und für das Verwaltungsjahr 1922 vorgelegt. Darin kommt zunächst zum Ausdruck, dass das Rechnungswesen die überaus grossen Schwierigkeiten, die sich aus den gewaltigen Buchungsrückständen der Kriegszeit und des ungeachtet dessen vollzogenen Ueberganges von der kameralistischen zur doppischen Buchhaltung restlos überwunden hat. Der Gemeindeverfassung entsprechend muss der Rechnungsabschluss für ein abgelaufenes Verwaltungsjahr binnen neun Monaten dem Finanzausschuss unterbreitet sein. Wien ist die einzige große öffentliche Körperschaft, die seit Kriegsende ohne jedes Budgetprovisorium ihren Haushalt geführt hat und nun erfolgt auch die Rechnungslegung vollkommen termingemäss.

Was die Ergebnisse der beiden Gebarungperioden anlangt, so zeigen sie, dass die Gemeinde bereits vom Juli 1921 an das vollständige Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt hat. Darin ist auch durch die schwersten Erschütterungen des Geldwertes, wie sie in den Sommermonaten des vergangenen Jahres eingetreten sind, nicht geändert worden. Die unausgesetzt betriebenen Sparmassnahmen auf der einen Seite, das neuartige Steuersystem mit seinem Aufbau nach Prozentsätzen und den kurzen Einzahlungsfristen, die eine automatische Angleichung an die Veränderungen des Geldwertes bewirkten, haben sich wohl bewährt. Für das zweite Halbjahr 1921 stiegen unvorhergesehen Mehrausgaben von 6184 Millionen Kronen, Mehreinnahmen von 9238 Millionen Kronen im Vergleich zu den Ansätzen des Voranschlages gegenüber. Dieses Ergebnis ist nahezu ausschliesslich durch die Finanzgruppe erzielt worden und nur die Unternehmungen haben noch mit 209 Millionen Kronen daran Anteil. Sonst ergibt sich in allen Gruppen, auch dort wo es zu Gebührensteigerungen, wie etwa bei den Bädern, Schlachthäusern, Märkten, Platzzinsen u. s. w. gekommen ist oder Sparmassnahmen einsetzten, doch ein Mehraufwand, der naturgemäss am stärksten in der Personalgruppe ist. Als Endergebnis ist festzustellen, dass sich das präliminierte Defizit von 1500 Millionen Kronen in einem Ueberschuss von 1555 Millionen Kronen verwandelt hat. Die Aufstellung über das Gemeindegut bietet, wie dies allgemein der Fall ist, kein entsprechendes Bild, da Kronen der verschiedensten Wertung zusammengerechnet sind. Wie sehr sich die Währungsverhältnisse seither geändert haben, erweist am besten die Gesamtausgabensumme dieses Halbjahres, die kaum 13 Milliarden Kronen ausmacht. Ganz anders ist schon das Bild des Abschlusses für das Jahr 1922. Die Gesamtausgaben betragen 673 Milliarden Kronen, während es nach dem vom Gemeinderat genehmigten Voranschlag nur etwas über 31 Milliarden Kronen hätten sein sollen. Es ist also eine Steigerung um das einundzwanzigfache eingetreten. Damit haben die Einnahmen nicht nur vollen Schritt gehalten, sondern sie zeigen vielmehr eine Erhöhung um das siebenundzwanzigfache. Teils im Zuge der Geldentwertung, teils als eine Wirkung vorgenommener Gesetzesänderungen weisen alle Steuerkategorien bedeutende Mehrerträge auf. Die Personalausgaben haben 180 Milliarden Kronen statt der vorgesehenen 8 Milliarden Kronen erfordert. Das Endergebnis ist ein Ueberschuss von 38 Milliarden Kronen statt des vorhergesehenen Abganges von 5300 Millionen Kronen. Als Rücklage für Valorisierungsansprüche hinsichtlich ausländischer Verbindlichkeiten auf Grund des Friedensvertrages sowohl für eigene Anleihen als auch für Beteiligungen der Gemeinde an solchen Anleihen (Land Niederösterreich, in Liquidierung befindliche niederösterreichische Hypothekenanstalt, Donauregulierungskommission, Verkehrsanlagen) ferner für Herstellungsarbeiten und Investitionen, die seit Kriegsausbruch unterblieben sind, wurden 272 Milliarden Kronen ausgeschieden. Die Kassabestände am 30. Dezember 1922 sind mit 298 Milliarden Kronen ausgewiesen. Von der Ermächtigung zur Aufnahme eines Investitionsanlehens von 5 Milliarden Kronen ist kein Gebrauch gemacht worden.